

# Ausländerpolitik



# NEIN zur 10-Millionen-Schweiz

**D**ie schweizerische Wirtschaft ist seit je auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Die Schweiz erlebt jedoch seit 2007 wegen der unkontrollierten Einwanderung eine regelrechte Bevölkerungsexplosion: Beim derzeitigen Tempo wird die Grenze von 10 Millionen Einwohnern bereits in wenigen Jahren überschritten werden. Dies belastet die Lebensqualität, den Wohlstand, die Natur, unsere Infrastrukturen wie Schulen, Spitäler, Energieversorgung ebenso wie die Versorgung mit heimischen Nahrungsmitteln. Dazu kommt das Gefühl, im eigenen Land immer mehr fremd zu sein.



**Nael Hasler**

Fachmann Information und Dokumentation EFZ

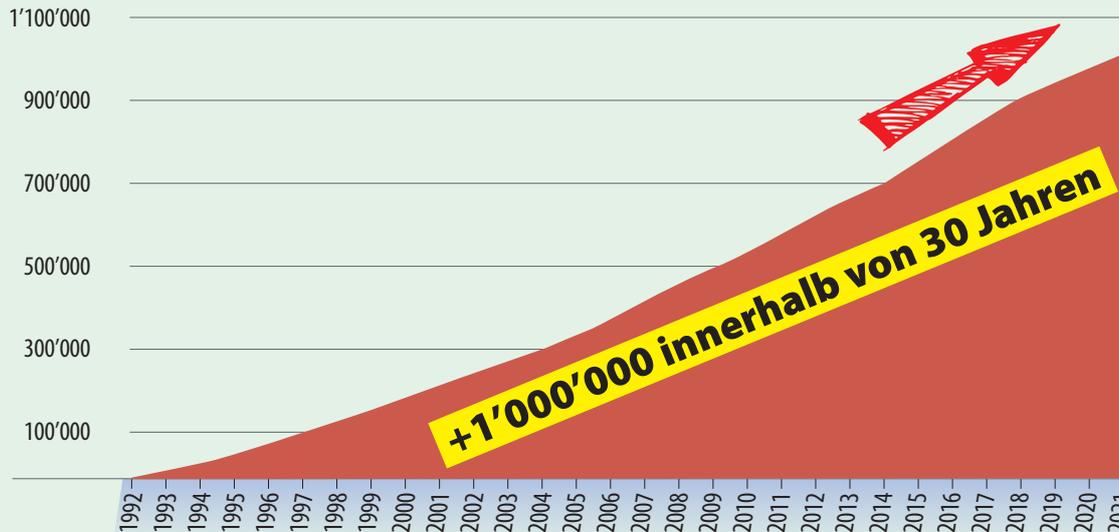
“ Die masslose Zuwanderung führt schon bald zur 10-Millionen-Schweiz. Immer mehr Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich im eigenen Land fremd. Dies nur, weil die Saboteure im Parlament und an den Gerichten den Verfassungsauftrag, der die eigenständige Steuerung der Zuwanderung fordert, nicht umsetzen. Jetzt ist genug! ”

### Eine attraktive Schweiz

Die Schweiz ist ein wunderschönes Land mit hoher Lebensqualität sowie beachtlichem Wohlstand – und dies soll auch so bleiben. Es ist kaum verwunderlich, dass unser Land Migranten anzieht, die von den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen der Schweiz begeistert sind. Um diese Vorzüge zu erhalten, muss endlich der von Volk und Ständen

beschlossene Verfassungsartikel zur Steuerung der Zuwanderung (Masseneinwanderungsinitiative) konsequent umgesetzt werden. Insbesondere müssen wir selbst entscheiden können, wer und wie viele einwandern dürfen. 1,5 Millionen Zuwanderer in nur 20 Jahren ist masslos. Die Schweiz muss klare Regeln für Ausländer festlegen und diese rigoros durchsetzen. Jeder Ausländer muss wissen, ob und unter welchen Bedingungen

## Einbürgerungen zwischen 1992 und 2021



Quelle: BFS, Einbürgerungen

er sich in der Schweiz aufhalten darf. Wer dem Staat zur Last fällt, straffällig wird, sich stur gegen hiesige Sitten und Bräuche stellt oder radikale Tendenzen aufweist, ist auszuweisen. Eine konsequentere Gangart macht unsere Gesetze glaubwürdiger, bringt uns mehr Sicherheit und weniger Sozialkosten. Gleichzeitig werden so jene Ausländer belohnt, die bereit sind, etwas zu leisten, die sich gut integrieren und sich an die Spielregeln halten.

### **Qualifizierte Fachkräfte statt Tieflohn-Arbeiter**

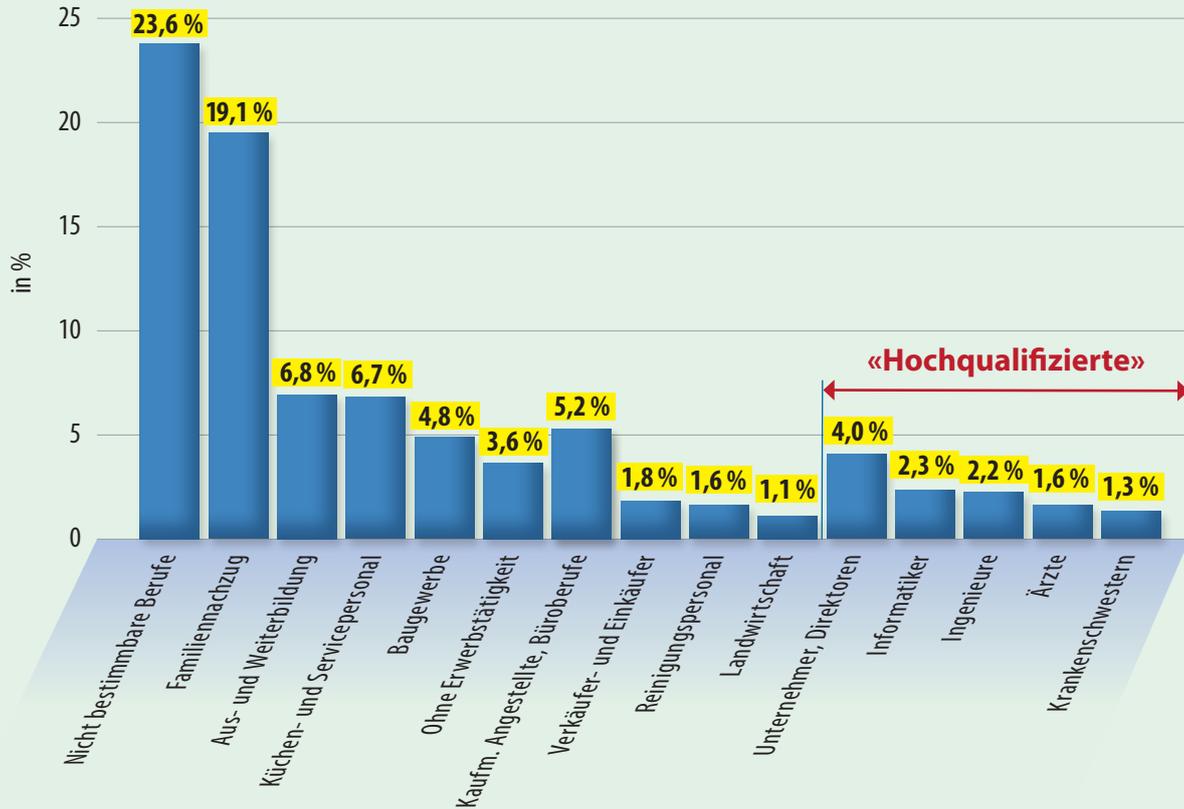
International tätige Firmen müssen die besten Talente in die Schweiz holen können, um im weltweiten Wettbewerb zu bestehen. Dies ist wichtig für die Schweiz als Standort führender Forschungseinrichtungen und Hersteller innovativer Produkte. Doch während die Zuwanderung von Spezialisten aus so genannten Drittstaaten (ausserhalb der EU) beschränkt ist, können aus der EU wegen der Personenfreizügigkeit alle in die Schweiz einwandern, unabhängig von ihren Qualifikationen. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU bestimmen wir nicht mehr selbst, wer in die Schweiz kommen darf und wer nicht. Damit muss Schluss sein. Wirtschaftsverbände wie die «economiesuisse» behaupten, dass die Schweiz von der Personenfreizügigkeit profitiert hat, da das Bruttoinlandsprodukt gestiegen ist. Aber warum sieht der einzelne Bürger keinen Vorteil und warum stagnieren die Löhne? Der Grund ist einfach: Das Bruttosozialprodukt ist zwar leicht gestiegen, aber es verteilt sich auf eine viel höhere Anzahl von Einwohnern. Seit der Einführung der Perso-

nenfreizügigkeit (1. Juli 2007) haben sich über eine Million Einwanderer zusätzlich in der Schweiz niedergelassen (Nettozuwanderung). Das Bruttoinlandsprodukt stagniert bei rund 82'000 Franken pro Kopf und ist seit 2008 nicht wirklich gestiegen. Die Schweiz verliert in Bezug auf Produktivität und Wertschöpfung an Boden. Dies muss sich ändern.

### **Ausländeranteil steigt stetig**

Die massive Einwanderung der letzten Jahre führt dazu, dass der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung stetig steigt. Während 1950 noch 6 Prozent der Bevölkerung Ausländer waren, stieg ihr Anteil 1980 auf 14,4 Prozent und 2022 auf 25,1 Prozent. Gleichzeitig wurden in den letzten 30 Jahren mehr als eine Million Ausländer eingebürgert, davon 610'000 seit der Einführung der Personenfreizügigkeit 2007. Die SVP will keine 10-Millionen-Schweiz. Doch genau dies erwartet uns bereits in wenigen Jahren: laut den Szenarien des Bundes um das Jahr 2035. Hier handelt es sich um eine Untertreibung. Der Bundesrat und die Verwaltung haben uns schon oft komplett falsche Migrationsszenarien präsentiert. Vor der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit mit der EU lagen die Prognosen um den Faktor 10 daneben! In seiner Benchmark-Studie von 2010 schätzte der Bundesrat, dass die Bevölkerung im Jahr 2060 noch nicht die 9-Millionen-Marke erreicht haben würde. In Wirklichkeit dürften wir diese Schwelle bereits 2023 überschreiten!

## Zuwanderung aus der EU im Jahr 2022



Quellen: BFS, Einwanderung ständige und nicht ständige ausländische Wohnbevölkerung sowie Einwanderung ständige Wohnbevölkerung nach Kanton und Einwanderungsgrund, eigene Darstellung, Doppelzählungen können nicht ausgeschlossen werden.

### **Masseneinwanderung gefährdet Wohlstand**

Eine Schweiz mit zehn Millionen Menschen bedeutet verstopfte Strassen, überfüllte Spitäler, überforderte Lehrer und überfüllte Züge. Unsere schöne Landschaft wird noch mehr zubetoniert und die Umwelt weiter belastet. Zehn Millionen Einwohner heisst auch deutlich mehr Strom- und Energieverbrauch. Die Reduktionsziele der Schweiz sind mit der masslosen Zuwanderung nicht vereinbar. Das heisst im besten Fall massiv höhere Importe von fossilen Energieträgern aus dem Ausland. Im schlimmsten Fall kommt es zu Stromausfällen, weil unsere Nachbarn, die sich in einer ähnlichen Situation befinden, die Energie rationieren. Das masslose Bevölkerungswachstum bedeutet, dass die Mittelschicht kein Wohneigentum erwerben kann und die Mieten weiter steigen. Die Arbeitslosigkeit steigt – auch unter gut ausgebildeten Erwerbstätigen – und es kommt zu unlauterem Wettbewerb durch Neuankömmlinge, die niedrigere Löhne akzeptieren. Eine Schweiz mit zehn Millionen Einwohnern wird jede Chance auf Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln verlieren.

### **Begrenzung der Sozialleistungen und des Familiennachzugs**

Aufgrund der grosszügigen Sozialleistungen wird der Familiennachzug rege von Ausländern ohne Einkommen genutzt, welche hoffen, vom Schweizer Steuerzahler finanziert zu werden. Die SVP fordert deshalb klare Einschränkungen des Familiennachzugs und der Sozialleistungen. Beispielsweise

muss durchgesetzt werden, dass nur Personen, die mindestens zwei Jahre lang Beiträge an die Schweizer Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Auch bei der Sozialhilfe sollten auf schweizerischer Ebene Fristen festgelegt werden. Die Höhe der Sozialhilfe sollte für neu in die Schweiz eingereiste Ausländer niedriger sein. In Bezug auf die Familienzusammenführung soll sichergestellt werden, dass nur Personen ihre engsten Familienmitglieder nachziehen dürfen, die tatsächlich für deren Lebensunterhalt aufkommen können und über eine ausreichend grosse, selbst finanzierte Wohnung verfügen, um die Familie aufzunehmen. Durch die Kürzung der Sozialleistungen könnte die Zuwanderung deutlich reduziert werden, ohne dass die Wirtschaft daran gehindert würde, qualifizierte Fachkräfte einzustellen.

### **Null Toleranz gegenüber illegalen Einwanderern**

Bei illegalen Einwanderern und illegalen Aufenthalten muss die Schweiz endlich durchgreifen. Hierzu müssen die geltenden Ausländergesetze lediglich strikt und konsequent angewendet werden. Alle Versuche, ihre Anwesenheit durch die Gewährung von «City Cards», öffentlichen Leistungen und Zugang zu Hochschulen zu legitimieren, verstossen gegen das Recht. Sogenannte «Sans-Papiers» halten sich nicht nur illegal in der Schweiz auf, sondern zahlen auch keine Steuern. Aufgegriffene Personen, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben, müssen ausgewiesen werden, und um illegale Einreisen zu verhindern, müssen die Grenzen besser überwacht werden.

Die derzeitige Regelung führt zu kontraproduktiven Anreizen und bestraft Ausländer, die sich um eine legale Aufenthaltsgenehmigung bemühen.

### **Integration ist keine Staatsaufgabe**

Integration ist Aufgabe der Zuwanderer. Wer in ein Land einwandern will, muss sich zunächst völlig im Klaren darüber sein, was dies bedeutet. Es gilt, die lokale Sprache zu erlernen und sich mit den Sitten und Bräuchen vertraut zu machen. Nur, wenn der Wille zur Integration von den Zuwanderern ausgeht, kann sie erfolgreich sein. Die aktuelle Politik propagiert jedoch den umgekehrten Ansatz: Die Schweizer Behörden sollen für die Integration der Ausländer sorgen. Es werden teure, von den Steuerzahlern finanzierte Massnahmen und Angebote geschaffen, um Ausländer zur Integration zu ermutigen. Wer sich nicht integrieren will, soll das Land wieder verlassen. Zudem ist ein «Ausländerbeitrag» für die Deckung der Zuwanderungskosten einzuführen.

### **Einbürgerung als Abschluss der Integration**

Nur wer sich erfolgreich integriert hat, für seinen Lebensunterhalt selbst aufkommt, keine kriminelle Vergangenheit hat und eine Landessprache gut beherrscht, sollte ein Recht auf Einbürgerung haben. Der Schweizer Pass ist ein Privileg, am politischen Leben der Schweiz teilzunehmen. Die SVP lehnt das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer ebenso ab wie zusätzliche Erleichterungen bei der Einbürgerung. Die lasche Einbürgerungspraxis in gewissen Kantonen und Städten führt

dazu, dass der Schweizer Pass an Personen vergeben wird, die schlecht oder gar nicht integriert sind. So verschwinden eingebürgerte Problemausländer aus den Statistiken der Ausländer. Darum soll eine Einbürgerung auf Probe eingeführt werden, um Personen, die kurz nach ihrer Einbürgerung kriminell werden, wieder ausschliessen zu können. Der Schweizer Pass soll nur an eine Person vergeben werden, die über mehrere Jahre hinweg bewiesen hat, dass sie die Gesetze unseres Landes respektiert. Zudem soll es möglich sein, Doppelbürgern, die Verbrechen begangen haben oder extremistischen Organisationen angehören, den Schweizer Pass zu entziehen.

### **Sicherheit hat Vorrang**

Es ist höchste Zeit, das Aufenthaltsrecht von Kriminellen in der Schweiz zu beenden. Die Kriminalstatistiken weisen seit Jahrzehnten auf eine Überrepräsentation von Ausländern hin: Obwohl die Ausländer nur einen Viertel der Bevölkerung stellen, sind sie für 55 Prozent der schweren Körperverletzungen, 57 Prozent der Vergewaltigungen und 63 Prozent der Tötungsdelikte verantwortlich. Kriminelle müssen umgehend in ihr Ursprungsland zurückgeschickt werden. Dasselbe gilt für ausländische Imame und andere Prediger, die extremistische Reden halten. Dadurch wird die Schweiz nicht nur sicherer und friedlicher, die ersten Nutzniesser einer konsequenten Ausländerpolitik werden die integrierten Ausländer sein.

## Standpunkte

### Die SVP ...

- wehrt sich gegen eine 10-Millionen-Schweiz;
- fordert die Umsetzung der verfassungsmässigen eigenständigen Steuerung der Zuwanderung im Gesamtinteresse der Schweiz und die Abschaffung der grenzenlosen Zuwanderung durch die Personen-freizügigkeit;
- fordert, dass die Vergabekriterien für die Einbürgerung an die Kenntnis einer Landessprache (Niveau C1) zu binden sind;
- fordert die Einführung einer «Zuwanderungssteuer» pro Zuwanderer für die Deckung der Kosten der Zuwanderung;
- fordert eine Verstärkung des Grenzschutzes und der Grenzkontrollen. Dazu sollen die Grenzen auch baulich besser gesichert werden;
- fordert ein Verbot bzw. eine Beschränkung des Familiennachzugs;
- will verhindern, dass die Zuwanderung den Druck auf die Löhne weiter erhöht und insbesondere ältere Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt verdrängt;
- fordert die konsequente und rasche Ausschaffung von illegalen Aufenthaltstiteln und kriminellen Ausländern;
- fordert die Beschränkung der Sozialleistungen für alle Zuwanderer, um die Einwanderung in den Sozialstaat zu verhindern;
- fordert den Entzug der Aufenthaltsbewilligung, wenn die Sozialhilfe-abhängigkeit länger als zwei Jahre dauert;
- bekämpft die Aufblähung von teuren staatlichen Integrations-massnahmen. Integration muss von den Einwanderern ausgehen;
- akzeptiert nicht, dass Kantone Sozialhilfe an Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid leisten, welche die Schweiz schon lange verlassen müssten;
- bekämpft jegliche Bildung von Parallelgesellschaften;
- lehnt jede weitere Erleichterung der Einbürgerung ab und bekämpft die Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfebezügern;
- fordert die Einbürgerung auf Probe, damit Personen, die kurz nach dem Erhalt des Schweizer Passes kriminell werden, das Bürgerrecht wieder entzogen werden kann;
- bekämpft das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene.

### + Vorteile

#### Das bringt mir:

- ✓ am Arbeitsplatz weniger Konkurrenzdruck durch billige Arbeitskräfte aus der EU;
- ✓ weniger Kosten, weil nicht integrierte Sozialhilfeempfänger nicht mehr in der Schweiz bleiben dürfen;
- ✓ als Nachbar Ausländer, die sich an die hiesigen Regeln halten;
- ✓ Mitbürger, die wirklich integriert sind und mit denen ich mich problemlos verständigen kann;
- ✓ als Eingebürgerter die Gewissheit, dass gut integrierte Ausländer nicht mit Kriminellen, Sozialschmarotzern und Integrationsverweigern in einen Topf geworfen werden;
- ✓ mehr Sicherheit, weil kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden;
- ✓ eine Schweiz, die so bleibt, wie wir sie kennen und lieben.